

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Montag nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 15,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Postzuschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 20,- M., für das übrige Ausland 28,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Werthe Straße 1-3.

Die achtspaltige Konversations- oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. sowie per Zeile. Streifen-Beilage in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Preisveränderung: Zentrum 2030, 2545, 4518 4603, 4625, 4648, 4822.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Ultimatum der englischen Arbeiter

Drohungen mit dem Generalstreik

London, 13. August. (Reuter.) Die Arbeiterkonferenz hat in der russisch-polnischen Frage den Vollzugsermächtigt, einen Allgemein-ausland zu verkünden, falls die Regierung General Brant zu unterstützen oder Sowjet-Rußland in irgend einer Form angreifen sollte.

Im englischen Unterhaus hat eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeiterpartei und der parlamentarischen Arbeitervertretung stattgefunden, die wohl als eine der wichtigsten seit dem Bestehen einer Arbeiterbewegung in England bezeichnet werden kann. Die Konferenz besprach die gegenwärtige Lage, deren große Gefahren sie erkannte, und beschloß eine Politik der vollständigen Arbeitsniederlegung für den Fall, daß der Versuch gemacht werden sollte, England in einen Krieg zu führen. Es wurde weiter mit großer Klarheit festgestellt, daß dieser Beschluß auch dann in Kraft treten solle, wenn die Blockade erneuert werde. Die Arbeiterschaft werde das nicht zugeben, ebenso wenig wie sie erlauben werde, daß die Marine gegen Rußland mobilisiert werde oder daß England in Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen interveniere.

Die Resolution, die angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Diese vereinigte Konferenz, die im Trades Union Kongress der Labour Party und die parlamentarische Labour-Party vertritt, empfindet es als sicher, daß Krieg zwischen den alliierten Mächten und Sowjetrußland wegen Polen droht und erklärt, daß solcher Krieg ein nicht zu duhdendes Verbrechen gegen die Menschheit sein würde. Sie warnt deshalb die Regierung, daß die ganze industrielle Macht der organisierten Arbeiter angewendet werden wird, um diesen Krieg zu bekämpfen.“

Die Exekutivkomitees der angeschlossenen Organisationen über das ganze Land werden aufgefordert, sich bereit zu halten, um sofort nach London zu einer nationalen Konferenz zu eilen. Es wird ihnen geraten, ihre Mitglieder auf die Instruktionen einer solchen nationalen Konferenz hin zu der Arbeitsniederlegung zu veranlassen.

Ein Aktionsrat soll sofort konstituiert werden, um die Schritte zu unternehmen, die nötig werden können, um die genannten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.“

Die Konferenz wählte alsdann 15 Mitglieder, die das Recht der Zuwahl haben, und gewissermaßen als Generalstab fungieren. Sie halten Sitzung in Permanenz, so lange die Krisis dauert, und sie treten sofort in direkte Verhandlungen mit Kamenew und Krassin auf der einen und dem polnischen Gesandten auf der anderen Seite.

Unmittelbar nachdem das Ultimatum der Arbeiter herausgegeben war, trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, und es wurde ein Zusammentreffen des Aktionskomitees mit Lloyd George für den folgenden Tag vereinbart.

Das entschiedene und entschlossene Auftreten der Arbeitervertreter hat einen gewaltigen Eindruck bei der Regierung sowohl wie im Lande gemacht. Man fühlt, daß hier eine Macht auftritt, die stärker ist als die Regierung, denn sie stützt sich auf die Massen des Volkes, ohne deren Tätigkeit das wirtschaftliche Leben zusammenbricht, und sie können über diese Massen gebieten, weil in der Entscheidung über die Frage „Krieg oder Frieden“ die moralischen Qualitäten auf ihrer Seite sind.

Zusammengehen der englischen und französischen Arbeiter

London, 13. August. Die Nationalkonferenz der Delegierten der englischen Gewerkschaften kommen heute in London zusammen. Es wird ein Vorschlag auf die Tagesordnung gebracht werden, eine Abordnung der englischen Arbeiter nach Paris zu senden, um die französischen Arbeiter zu bitten, daran mitzuwirken, daß kein Mißverständnis zwischen den englischen und französischen Arbeitern aufkommt. Ein weiterer Punkt enthält die Forderung, daß England nicht in einen Krieg zwischen Frankreich und Rußland hineingezogen werden darf.

Lloyd George an die englischen Arbeiter

London, 13. August. Lloyd George hat an das Aktionskomitee der Arbeiterpartei einen Brief über die Lage zwischen Rußland und Polen geschrieben. Darin heißt es zum Schluß, daß die Aussichten auf einen Frieden zwischen Rußland und England von der Art des Friedens abhängt, der mit Polen zustande kommt. Ich hoffe,

sagt Lloyd George, daß die englischen Arbeiter der öffentlichen Meinung in Rußland klarmachen werden, daß sie auf ehrliche Verhandlungen seitens Rußlands mit England und Polen bestehen.

Beginn der Minsker Verhandlungen

London, 13. August. Reuter erzählt, die polnisch-russische Waffenstillstandskonferenz würde am 14. August in Minsk beginnen.

Die Schuld an der Verzögerung der Verhandlungen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.) Paris, 13. August.

Die russische Regierung hat an den Vertreter in London, Kamenew, folgenden Funktspruch gerichtet: In allen Verzögerungen sind die Polen schuld. Unsere Antwort vom 7. August wurde am selben Tage funktentelegraphisch nach Warschau übermittelt. Die Warschauer Funktstation verweigerte zuerst die Abnahme dieses Funktspruches. Später bestätigte sie jedoch dessen Empfang. Am 9. August warteten die russischen Vertreter bei Siedlce vergebens auf die polnische Delegation. Diese war in Siedlce nicht anwesend. Am 10. August schied unsere Vertreter Automobile nach Siedlce. Man erklärte ihnen jedoch, die Delegation sei noch nicht eingetroffen. Als unmittelbar danach die Rote Armee Siedlce einnahm, fand sie dort die Delegation. Später stellte es sich heraus, daß es nur ein Teil davon war. Sie erklärten, sie seien nur zur Information gekommen und schlugen vor, daß die Delegation am 14. August die Frontlinie überschreiten solle. Wir gingen sofort auf den Vorschlag ein. Die Polen sind deshalb allein an der Verzögerung schuld. Unsere Moskauer Funktstation achtet fortgesetzt auf den Warschauer Funktendienst, aber die dortige Funktstation läßt nichts von sich hören. Auch auf unsern antwortet sie nicht. Die britische Regierung soll darauf bestehen, daß die Sabotage des Funktendienstes von Warschau aus eingestellt wird.

Silberufe der polnischen Regierung

Kopenhagen, 8. August.

Einem Telegramm aus Warschau zufolge, hat der Ministerrat einen Aufruf veröffentlicht, in dem es heißt: Der Vorschlag auf Abschluß eines Waffenstillstandes ist von der Sowjetregierung abgelehnt worden, sie hofft Warschau zu erobern und dort den Frieden nach ihrem Willen diktiert zu können. Die polnische Regierung appelliert an das ganze Volk, die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes zu verteidigen und erklärt gegenüber der internationalen Welt, daß sie nur einen gerechten und dauernden Frieden erstrebt. Die Regierung ist fest entschlossen, jeden Zoll vaterländischen Bodens zu verteidigen. Der Außenminister Sapieha hat an den Generalsekretär des Völkerbundes Dr. Mann ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: da Polen Mitglied des Völkerbundes ist, teilt die polnische Regierung ihnen mit, daß die Haltung der russischen Regierung das Einstellen der Friedensverhandlungen unmöglich macht. Die Sowjetregierung hat es abgelehnt, Verhandlungen über die Waffenstillstandsbedingungen einzuleiten. Nichtsdestoweniger hat die polnische Regierung nicht aufgehört und wird auch nicht aufhören, alles mögliche zu tun, um zu einem annehmbaren Frieden zu gelangen. Sie weist aber jede Verantwortlichkeit für die Verlängerung des Krieges zurück. Diese fällt ausschließlich auf die Sowjetregierung.

Die Heeresberichte

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.) Kopenhagen, 13. August.

Der russische Operationsbericht vom 12. meldet: Am 10. August wurde die Stadt Mawa besetzt, wobei wir Gefangene und Waffen erbeuteten. Wir besetzten Pulaski. Am 10. August nahmen wir die Stadt Siedlce ein und eine Reihe von Ortschaften zwölf Werst östlich von Lufow. In Richtung Cholm setzten unsere Truppen über den Bug und erreichten die Straße Mawa-Cholm. Eine Reihe Ortschaften nördlich von Cholm wurde besetzt. Im Abschnitt Wladimir-Wolynsk besetzten wir die Stadt Grabejow und den Flecken Prylow. Am Dnepr und an der Küste des Schwarzen Meeres keine Veränderungen.

Der polnische Heeresbericht meldet: An der Nordfront haben unsere Abteilungen Mawa und Pulaski geräumt. Das 203. freiwilligen-Regiment hat bei einem Ausfall von Ciechanow 4 Maschinengewehre und 100 Gefangene eingebracht. Auf der Linie Wolschow-Lukh-Kalushin-Jelischow nur schwache Kämpfe mit dem Feinde. Unsere Infanterie und Kavallerie-Abteilungen verdrängten an der Südfront den Feind aus Radzinow und Lopatyn nach Stanislawyc und Toparow. An der Sernpa haben weitere Kämpfe begonnen. Die ukrainischen Truppen haben in der Gegend von Proszow 5 Maschinengewehre erbeutet und eine Anzahl Gefangene gemacht.

Frankreichs Schlingen

Zwei beachtenswerte Funktsprüche der Moskauer Regierung sind gestern bekanntgeworden. In dem einen fragte der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, bei dem deutschen Minister des Auswärtigen an, ob die auf deutsches Gebiet übergetretenen polnischen Truppenteile tatsächlich entwaffnet und interniert seien. Man braucht hinter dieser Anfrage keine irgendwie dunklen Absichten zu vermuten, denn da die Sowjets keine diplomatischen Vertretungen in Berlin besitzen, mußten sie sich dieses Mittels bedienen, um sich zu vergewissern, daß Deutschland die Erfordernisse der Neutralität tatsächlich erfüllt. Auf demselben und diplomatischen Wege haben die Russen inzwischen eine befriedigende Antwort erhalten, und es bleibt nun nur noch festzustellen, daß hier zum erstenmal die russische Regierung mit der deutschen in einen unmittelbaren amtlichen Verkehr getreten ist.

Der zweite Funktspruch richtete sich an die Adresse der französischen Arbeiter, und er weist auf die Gefahren hin, die durch die französische Anerkennung der süd-russischen Republik und des Generals Wrangel erwachsen. Auf zwei Punkte legt er besonderen Nachdruck. Er erklärt einmal, daß die Möglichkeit eines russisch-französischen Krieges gegeben sei, und er betont sodann, daß Frankreich durch seine Tat den Bruch der Verhandlungen zwischen Rußland und Polen herbeigeführt habe.

Die Bemerkung über die Störung der Verhandlungen ist nicht ganz verständlich. Sie ließe sich so auslegen, daß sich die bolschewistische Regierung jetzt, nachdem Frankreich durch die Ankündigung der Unterstützung Wrangels den Polen indirekt zu Hilfe geeilt ist, nicht mehr an ihr Versprechen gebunden halte, unverzüglich die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit den Delegierten der Warschauer Regierung zu beginnen. Diese Auffassung kann eine gewisse Stütze finden in dem Telegramm, nach dem die „Trawda“ die Fortsetzung des Krieges bis zur Auslösung der Sowjetrepublik in Warschau angekündigt habe. Aber daß das bolschewistische Organ sich wirklich so geäußert hat, möchten wir einstweilen bezweifeln, und wenn es der Fall sein sollte, so wäre noch immer die Frage offen, ob es sich hier um eine Auslassung handelt, die amtlichen Charakter trägt. Sie ließe sich sicher nicht in Uebereinstimmung bringen mit den letzten Nachrichten über Vorbereitungen zur Zusammenkunft der beiderseitigen Delegierten und noch weniger mit der Haltung, die Kamenew in London eingenommen hat.

Seit der Bekanntgabe der russischen Friedensbedingungen in London ist durch den unerhörten Vorstoß Frankreichs die Lage allerdings wesentlich verändert und verschärft worden. Doch wir dürfen den Russen schon genügend politischen Vertrauen zutrauen, um nicht anzunehmen, daß sie sich durch Millerands Eiselei zu unklugen Entschlüssen hinreißen lassen. Das französische Sondervergehen hat die Einigkeit der Entente beträchtlich gestört und die Sowjetrepublik hat alles Interesse daran, die Klüft, die zwischen England und Frankreich entstanden ist, nicht sofort wieder zuzuschütten. Die Stellung Lloyd Georges, der sich die Anerkennung der Sowjetregierung und die Verständigung mit ihr zum Ziel gesetzt hat, ist insofern des französischen Vorgehens, das die Engländer als eine Verletzung der Abmachungen von Hythe und auch als eine Art von Kränkung ihrer Ehre empfinden, beträchtlich gefährdet worden, und es wird dem Premierminister heute leichter als noch vor acht Tagen, sich mit seinen Ansichten gegen die Widerstände im eigenen Lande durchzusetzen. Würde Rußland jetzt die Verhandlungen mit Polen hinauszuögern oder Kriegsziele aufstellen, die mit dem Londoner Programm nicht zu vereinbaren wären, so wäre das der beste Weg, die französisch-englischen Meinungsverhältnisse zu beseitigen und die Westmächte gegen Rußland zu vereinen.

Nach den Proben, die wir bisher von der diplomatischen Fähigkeit Tschitscherins erhalten haben, darf, wie gesagt, mit einer derartigen Politik nicht gerechnet werden, und aus demselben Grunde brauchen wir auch die Erwähnung der Möglichkeit eines russisch-französischen Krieges in den Funktspruch an die französischen Arbeiter noch nicht als die Ankündigung eines solchen Konfliktes anzusehen. Selbstverständlich werden etwaige Hilfstuppen, die zur Verstärkung des Generals Wrangel gesandt werden sollten, von der Roten Armee als Feinde behandelt werden und mit ihren konterrevolutionären Offizieren das Schicksal des polnischen Heeres teilen. Aber das wäre an sich noch nicht im eigentlichen Sinne ein Krieg zwischen Rußland und Frankreich, denn man sich überhaupt schwer vorstellen kann, solange Deutschland als neutrales Gebiet zwischen den beiden liegt.

Sowjetrußland befindet sich in einer Lage, in der es in Ruhe und mit Zuversicht die Verhandlungen der angekündigten Londoner Konferenz abwarten kann, denn bei diesen Verhandlungen wird Frankreich mit seinen Aufstellungen nicht durchbringen. Die ganze französische Politik scheint ja denn auch auf den Versuch hinauszuweisen, das Handelskommen dieser Konferenz zu hintertreiben. Sie ahnt die Unvermeidlichkeit von Beschlüssen, die die Ostfragen im einer für sie ungünstigen Weise regeln würden. Sie hofft,

Die deutsch-russischen Beziehungen

Eine Unterredung mit Kopp

Viktor Kopp, der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, hatte vor einiger Zeit eine Reise nach Moskau angetreten, um die Umbildung der Wiederherstellung der deutsch-russischen Beziehungen vorzubereiten. Nach seiner Rückkehr hat Gen. Kopp einem unserer Mitarbeiter in einer Unterredung über die deutsch-russischen Beziehungen folgendes mitgeteilt:

Frage: Nach Zeitungsmeldungen haben Sie auf Ihrer Reise nach Moskau in Moskau geäußert, daß Sie während Ihres Aufenthaltes in Deutschland sich davon überzeugt hätten, daß Deutschland wissenschaftliche und technische Arbeitskräfte in genügender Menge besitze, die für den Aufbau der russischen Wirtschaft nutzbar gemacht werden könnten. Geben diese Zeitungsmeldungen Ihre Ansicht richtig wieder und wie hat man sich in Moskau dazu verhalten?

Kopp erwiderte: Meine Ansichten sind durch die zitierten Zeitungsmeldungen im großen und ganzen richtig wiedergegeben worden. Es kommt aber immer auf die praktische Durchführung dieser Hilfeleistung Deutschlands für die russische Wirtschaft an. Die in machen deutschen Arbeiterkreisen leider weitverbreitete Ansicht, daß Russland imstande sei, sofort eine große Anzahl von Arbeitskräften aufzunehmen, wird weder von den maßgebenden Kreisen in Moskau noch von mir persönlich geteilt. Für eine Massenauswanderung ist Russland gegenwärtig nicht das passende Land. Die Gründe dafür sind sehr mannigfaltig. Es genügt schon der Hinweis auf den noch nicht liquidierten Krieg und auf die Zerrüttung der Transportverhältnisse. Was Russland jetzt braucht, ist eine verhältnismäßig sehr geringe Anzahl von hochqualifizierten Arbeitern und Technikern, von denen ein jeder von vornherein nur für ein ganz bestimmtes Arbeitsgebiet oder eine vorher genau festgelegte Arbeitsaufgabe herangezogen werden soll. Die Massenauswanderung von Deutschland nach Russland würde meines Erachtens erst nach Ablauf einiger Zeit nach Beendigung des Krieges und erfolgtem Wiederaufbau des Transportwesens möglich und erwünscht sein. Die hier in Deutschland betriebene Propaganda für eine Massenauswanderung nach Russland hat deshalb keine tatsächliche Unterlage und muß auf das schärfste zurückgewiesen werden. Als ein nicht ganz unwichtiger Umstand muß in Betracht gezogen werden, daß in Deutschland gegenwärtig noch 200 000 russische Kriegsgefangene vorhanden sind, unter denen sich eine ganze Anzahl qualifizierter Arbeiter befindet. Für eine Massenauswanderung nach Russland kommen doch zuerst diese Leute in Frage.

Frage: Sie haben wohl gehört, daß im Zusammenhang mit Ihrer Reise nach Moskau von französischer Seite, offenbar zum Zwecke der Stimmungsmache sowohl gegen die russische wie auch gegen die deutsche Regierung die Wäre verbreitet worden ist, Sie hätten mit Vertretern der deutschen Regierung geheime Verträge abgeschlossen, die irgendeine Bedrohung der westlichen Staaten darstellten und in Moskau ihre Genehmigung finden sollten? Was können Sie gegenüber diesen Behauptungen erwidern?

Viktor Kopp: Die französische Presse beschuldigt mich, wenn sie auf das Thema: Deutschland-Russland zu sprechen kommt, abwechselnd zweier Methoden. Spekuliert man auf die Wirkung auf den deutschen Durchschnittsleser, so wird von der nahenden roten Flut gesprochen, die nach Beseitigung der polnischen Barriere Deutschland kulturell vernichten soll. Deutschland soll dann die Aufgabe erfüllen, die Polen zu lösen nicht imstande war. Wird dagegen für das französische Publikum geschrieben, so wird von einer militärischen Allianz zwischen den Militärkräften Deutschlands und den Bolschewisten Russlands geredet. Gegen diese Allianz gebe es nur ein Gegengift: die Besetzung des Ruhrgebietes. Beide Methoden verfolgen im Grunde genommen nur ein und dasselbe Ziel, die sich abzeichnende wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Ruß-

land zu hintertreiben. Ich betrachte diese Annäherung als einen Prozeß, der mit natürlicher Notwendigkeit sich vollzieht und der nur den Zweck des wirtschaftlichen Wiederaufbaues beider Länder zu dienen hat, nicht aber eine Bedrohung irgendeiner dritten Macht bedeutet. Eine solche Bedrohung geht im Gegenteil im gegenwärtigen Augenblick ausschließlich von Frankreich aus, das nicht nur das Bestehen Sowjetrusslands, sondern auch die deutsche Neutralität bedroht. Der französische Imperialismus, der sich jetzt ansetzt, Deutschland wegen seiner Neutralität politisch und militärisch zu drangalieren, scheint ein kurzes Gedächtnis zu haben. Es sollte ihm eigentlich noch in Erinnerung sein, daß er nur allzu oft das gegenwärtige Schicksal Deutschlands als eine Sühne für die Verletzung der belgischen Neutralität hingestellt hat. Eine geschichtliche Wiederholung dieser Neutralitätsverletzung, angewandt auf den vorliegenden Fall, müßte bedeuten, daß Deutschland bei der Wahrung seiner Neutralität volle Unterstützung bei dem russischen Volk finden würde. Ich wage diesen geschichtlichen Gesetzen nicht zu widersprechen und bin der Überzeugung, daß das russische Volk sich niemals seiner moralischen Verpflichtung entziehen wird.

Frage: Sind Sie in der Lage, Mitteilungen darüber zu machen, welche Haltung die russische Regierung zu der Genuevener Forderung der deutschen Regierung in der Dirschbach-Anglegenheit einnimmt und glauben Sie, daß die etwa bestehenden Differenzen in dieser Frage sich bei beiderseitigem guten Willen werden überwinden lassen?

Viktor Kopp: Zu dieser Frage, die die schwebenden Verhandlungen betrifft, möchte ich mich ausdrücklich nicht bestimmen äußern. Ich kann nur sagen, daß nach meiner festen Überzeugung diese Frage kein Hindernis bilden kann und bilden wird bei der Wiederaufnahme der beiderseitigen diplomatischen Beziehungen.

Frage: Ist die russische Regierung der Überzeugung, daß auf einem großen gemeinsamen Friedenskongreß, an dem auch Deutschland mit denselben Rechten wie alle anderen Mächte teilnimmt, die schwebenden politischen Fragen gelöst werden können, oder geht Ihr Bestreben dahin, Einzelverhandlungen in den entsprechenden Fragen vorzunehmen?

Viktor Kopp: Nach dem Versailler Experiment verspüre ich wenig Neigung, die schwebenden politischen Fragen auf einem sogenannten Weltkongreß zu erörtern. Wir sehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß wir mit den einzelnen Völkern, mit denen wir Differenzen hatten oder noch haben, uns viel eher und besser verständigen können, als es auf einem von den vielen „Weltkongressen“, die nach der jetzigen politischen Konstellation nichts anderes darstellen als eine Organisationsform des imperialistischen Wettbewerbs der Weltmächte, geschehen könnte. Als Beweis dafür führe ich die Friedensschlüsse mit Estland — bezeichnenderweise wurde dieser Frieden gegen den Willen des damals anders orientierten England abgeschlossen —, Litauen, Lettland und die jetzt bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Polen an. Ich glaube, daß wir mit Deutschland über die schwebenden Fragen von direkt unabhängigen werden und nicht in Gemeinschaft mit den Mächten, die für das deutsche Volk den Versailler Friedensvertrag geschlossen haben und die jetzt immer noch bemüht sind, den Freiheitswillen des russischen Volkes durch Hungerblockade, Waffentransporte und tausend andere Mittel zu brechen.

Strengste Neutralität

Auf den Funkpruch Tschilcherins, der die deutsche Regierung fragte, ob sie bereit sei, ins Abstimmungsgebiet eindringende polnische Truppen zu entlassen, erklärt die deutsche Regierung, daß sich zur Zeit in den Abstimmungsgebieten keine polnischen Truppen befinden. Sollten an irgend einer Stelle polnische Truppen auf deutsches Gebiet übertreten, so würden sie, wie es bereits in mehreren Fällen geschehen ist, auch künftighin sofort entwaffnet werden.

Friedensschlüsse mit Lettland und Armenien

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Paris, 13. August.

Die russische Regierung drachtet an Kamenev: Am 11. August ist der Frieden mit Lettland unterzeichnet worden. Unsere Delegation kehrte nach Moskau zurück. Am 10. August wurde der Vorvertrag mit Armenien unterschrieben. Die kritischen Gebiete zwischen Armenien und Aserbaidschan bleiben, bis der Streit von Russland entschieden ist, in russischen Besitz.

Die Lage im Saarrevier

Saarbrücken, 13. August.

M. I. B. meldet: Seit heute früh herrscht hier Stillstand, zunächst auf 24 Stunden; morgen nehmen alle Ausländer die Arbeit wieder auf. Sollten die Verhandlungen schiefgehen, tritt Montag der Allgemeinstand wieder ein. Die Verhandlungen führt die internationalisierte Rheinlandkommission in Koblenz unter Hinzuziehung von Geheimräten von Boch. Alle Banken, Geschäfte und Wirtschaftsbetriebe sind geschlossen, die Straßenbahnen stehen, die Straßen sind ruhig, auf den wichtigsten Plätzen und auf verschiedenen Dächern stehen Maschinengewehre.

Die Waffenschiedungen

Aus Schmalldeden wird uns mitgeteilt: Am letzten Sonnabend fiel uns hier ein Mann Namens Weber auf der Waffenschiedung. Wir veranlaßten seine Verhaftung und fanden bei ihm ein Altkarabiner, aus dem hervorging, daß er die Waffen für Polen aufkaufte. Es handelt sich um etwa 5000 Gewehre und größere Munitionsmengen. Am Sonntag erschienen nun mehrere Herren, die sich als Kriminalbeamte, die in Oberhof stationiert seien, ausgaben. Sie machten den Eindruck von Offizieren. Einer derselben gab dies auch zu. Die Beamten nahmen den Verhafteten und führten ihn in der Nacht zum Montag angeblich nach Berlin ins Auswärtige Amt. Weber muß im Auftrag der Reichswehr in Danzig gekauft haben. Es geht aber aus dem beschlagnahmten Schriftwechsel hervor, daß die Waffen mit falscher Deklaration verkauft werden sollten; Ausnahmegenehmigungen nach Polen waren schon vorhanden. Der hiesige Landrat, Rechtssozialist Schubert und der Polizeikommissar bestanden die Beamten für echt (deshalb haben die Beamten den Weber auch in ihre Hände bekommen). Unsere Genossen haben den Eindruck einer groß angelegten Schiedung bekommen. Sie werden auf der Hut sein und jeden Versuch einer Waffenlieferung gründlich untersuchen. Auch in Suhl stehen sechs Waggons Waffen, bei denen die Dinge ähnlich liegen.

Am Freitag der vorigen Woche traf aus Berlin der Dampfer Derfflinger vom Berliner Lloyd mit Waffen und Munition in Steinfurth ein. Der Dampfer hatte 80 Kisten Minenwerfer nebst Zubehörteile und außerdem sechs Kofferten mit den dazu-

gehörigen Teilen an Bord. Minenwerfer und Munition stammten von der Firma R. Wolf-Magdeburg-Budaun und sollten laut Deklaration an das Zeugamt in Tillaun gehen.

Auf Veranlassung der U. S. P. D. tagte am Montag, den 9. August, eine von allen Parteien, unter Hinzuziehung des Gewerkschaftsbundes, des Transportarbeiterverbandes und des Seemannsbundes veranstaltete Sitzung. Sie beschloß einstimmig, daß Waffen und Munition nicht verladen und transportiert werden dürfen. Die Zentralinstanzen der Parteien und der Gewerkschaften sollen dahin wirken, daß jedwede Herstellung von Waffen und Munition unterbunden wird und eine Verladung von Munition nirgends erfolgen darf. Wir ermahnen die Genossen erneut zur Wachsamkeit. Jeder Waffentransport oder der Versuch dazu, muß sofort gemeldet werden, damit rechtzeitig eine Unterbindung erfolgen kann.

Die konfuse Verwaltung

Eine treffliche Illustration zu der völligen Desorganisation, die im Pressedienst der Reichsregierung zurzeit herrscht, bietet der Fall des französischen Journalisten Chassignes vom „Journal“. Dieser hatte seiner Zeitung ein angebliches Interview mit dem Reichsfinanzminister Birck übermitteln, in dem der Finanzminister die seltsamsten Erklärungen abgab, die im schärfsten Widerspruch mit dem vom deutschen Außenminister proklamierten Politik standen. Der Reichsfinanzminister läßt nun erklären, daß er diesen französischen Journalisten nie gesprochen hat. Dieser habe vielmehr lediglich sich in der Pressefalle des Reichsfinanzministeriums über gewisse Steuerfragen orientiert, sein Interview aber frei erfunden. Soweit wäre die Angelegenheit völlig geklärt, wenn nicht die Tatsache bestände, daß das offizielle Wolffsche Telegrammbüro dieses Interview mit Zustimmung der deutschen Regierungskreise verbreitet hätte. Ein Beweis dafür, wie reformbedürftig die ganze Einrichtung der Pressestellen bei der Reichsregierung ist.

Direktionsvertrag Landarbeitervertrag. Nach viermonatlichen Verhandlungen ist endlich ein Landarbeitervertrag für Ostpreußen und den Rest der Provinz Westpreußen abgeschlossen worden. Die Agrarier hatten sich mit Händen und Füßen gegen diesen Tarifvertrag gestraut und kein Mittel unversucht gelassen, um sein Zustandekommen zu verhindern. Schließlich haben sie sich aber doch der geschlossenen Macht des Landarbeiterproletariats beugen müssen. Die Regierung spricht die Zuversicht aus, daß dieser Vertrag bis zum Herbst seine Gültigkeit behalten werde, so daß die diesjährigen Entschärfungen als gesichert gelten können.

Schändung des Hamburger Feinedenkmals. Das einzige Feinedenkmal Deutschlands, das vor einem Kontorhaus Hamburgs in der Wundenbergstraße aufgestellt war, wurde Donnerstagsmorgens mit roter Farbe überstrichen. Wegen des Verfalls der Täterhaft wurden drei Personen verhaftet. Das Feinedenkmal, das ehemals auf Kopp stand, wurde, nachdem das Kaffeehaus in den Besitz des deutschen Kaisers überging, von dem Buchhändler Campe für 10 000 Mark angekauft. Dann wurde es Eigentum des Besitzers des Barhofs.

die Hinzuziehung Deutschlands, ohne dessen Mitwirkung in der Tat alle diese Probleme einer endgültigen Lösung nicht näher gebracht werden können. Sie empfindet die stärkste Abneigung besonders gegen jene russischen Forderungen, die sich auf die Schaffung unmittelbarer Verkehrsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland erstrecken. Sie will den „eisernen Ring“ um die Sowjetrepublik nicht gesprengt sehen und sie ist entsetzt bei dem Gedanken, daß Polen aufhören könne, eine unübersteigliche Barriere zwischen zwei Staaten zu bilden, von denen die jetzige preussische Regierung freundschaftliche Empfindungen nicht erwarten kann.

Frankreich weiß, wenn die Konferenz überhaupt zustande kommt, ihr Ausgang kaum zweifelhaft sein kann. Deshalb will es die Wege zu ihr verbauen. Es möchte die Russen zu Schritten verleiten, durch die die Pläne Lloyd Georges durchkreuzt werden. Aber wir halten es für ausgeschlossen, daß der russische Gegenspieler in die ihm gelegten Schlingen hineintappen wird. Die Stellung des Bolschewismus und seine propagandistische Kraft sind durch die erfolgreiche Abwehr des kapitalistisch-imperialistischen Angriffs, den Polen als der Beauftragte Frankreichs führen mußte, so außerordentlich gestärkt worden, daß er es nicht nötig hat, zu gewaltsamen Lösungsversuchen seine Zuflucht zu nehmen, sondern nur die diplomatischen Möglichkeiten ergreifen kann, die ihm zunächst den inneren Wiederaufbau Russlands gestatten.

Die Stellung der englischen Regierung

London, 13. August.

Neuer erfährt: Wegen der Anerkennung des Generals Wrangel fand in Frankreich durch Vermittlung der englischen Botschaft in Paris vorläufige Forderungen gestellt worden. Es ist aber keine direkte formelle Note abgegangen. Die englische Regierung wird sich genau an die Vereinbarung halten, daß keine Maßnahmen gegen die Sowjetregierung unternommen wird, bevor die Haltung der Alliierten in der Waffenstillstands- und Friedensfrage deutlich geworden ist. Die englische Regierung wird genau so handeln, als ob das isolierte Vorgehen Frankreichs nicht erfolgt wäre.

Unterredung Lloyd Georges mit dem französischen Geschäftsträger

London, 13. August.

Lloyd George hatte gestern in Downing Street eine lange Unterredung mit dem bevollmächtigten Minister Frankreichs, der den auf Urlaub befindlichen Botschafter Cambon vertritt. Obwohl über den Verlauf dieser Unterredung offiziell noch nichts bekannt gegeben wurde, besteht in amtlichen Kreisen die Auffassung, daß auf beiden Seiten der gute Wille zu einer Lösung des gefährlichen Konflikts besteht.

Die englische Presse zu dem Konflikt

London, 13. August.

In einem Leitartikel schreibt „Evening Standard“: Die abschließende Aktion der französischen Regierung Wrangel gegenüber kann, wenn sie in ihren logischen Konsequenzen fortgeführt wird, nichts anderes herbeiführen, als eine weitgehende Umänderung des gesamten Systems der französisch-britischen Zusammenarbeit, wie sie die europäische Politik seit 15 Jahren beherrscht hat. — „Evening News“ meinet, es sei die Auffassung der offiziellen Kreise in London, daß binnen weniger Tage das unglückselige Mißverständnis aufgeklärt sein werde. — Der „Star“ sagt in seinem Leitartikel: Zum erstenmal seit August 1914 sind wir verpflichtet, öffentlich unser Bedauern und unserer Sorge Ausdruck zu verleihen über den absichtlichen Schritt, den die französische Regierung gemacht hat. Das Blatt sagt dann weiter, daß die Politik einen politischen Abenteuer nach dem anderen in den Vordergrund zu stellen, um die Sowjetregierung anzugreifen, eine Serie von Katastrophen und Mißerfolgen nach sich gezogen habe, von denen aber das augenblickliche polnische Abenteuer das unglücklichste sei. „Westminster Gazette“ urteilt folgendermaßen: Wir wären nur allzu froh, wenn noch ein kleines Loch gefunden werden könnte, durch welches die englische und französische Regierung aus der Katastrophe entflüchten könnten.

Das offizielle Organ Lloyd Georges, der „Daily Chronicle“, sagt zur Lage, Frankreich müsse sich klar machen, daß es, wenn es beabsichtige, weiterhin eine Politik zu verfolgen, die die eine Partei in Rußland gegen die andere auspicelt, indem es Munition, Ratsschläge und Geld gebe, bei der Ausführung dieser Absicht allein stehen werde. Das englische Volk verlange den Frieden und wolle nicht in irgendeinem Krieg hineingezogen werden, der ein anderes Ziel habe, als die Verteidigung der Freiheit derer, die zu schützen versprochen worden sei.

Französische Prestimmen

Paris, 13. August.

Saint Brice sagt im „Journal“, die Affäre Wrangel sei nur eine Episode, die Uneinigkeit zwischen England und Frankreich liege tiefer. Sie beschränke sich nicht auf die russische Politik. Das ganze System von Versailles liege auf dem Spiel. Seit Monaten schreie man vor einer entscheidenden Auseinandersetzung zurück. Würde man das jetzt wieder tun, dann würde man nur die Schwierigkeiten vergrößern. Es sei höchste Zeit, die Entente Cordiale auf einer soliden Grundlage wieder aufzubauen. Millerand habe den Finger auf die Wunde gelegt, er dürfe nicht vor der Heilung zurückweichen. „Echo de Paris“ sagt, Frankreich sei der Ansicht, in dem Augenblick, in dem die Sowjets die ethnographischen Grenzen Polen überschritten und ihren Willen zum Einfall bekundeten, habe man nur einen Beweis von Schwäche gegeben, als man trotzdem die Verhandlungen mit ihnen fortgesetzt habe. Nachdem die Sowjets der Entente nicht erlaubt hätten, sich in ihre Verhandlungen mit Polen einzumischen, würde es einen Rückschlag bedeuten, wenn man ihnen eine allgemeine Verhandlung in London bewilligte. Dieser Konferenz könne aber England eine Hauptbedeutung beizulegen. Die Sowjets verlangten zudem die Beteiligung Deutschlands. Dadurch sei die Anerkennung Wrangels nur eine nebenläufige Episode. Die wahre und tiefe Meinungsverschiedenheit zwischen der englischen und der französischen Politik bestehe darin, daß Frankreich die Bolschewisten als eine Macht betrachte, die sich um seine Grenzen, seinen Vertrag und seine Verpflichtung kümmere, während England sie als eine revolutionäre Macht ansehe, die im Begriffe stehe, sich zu wägen, und die man führen könne.

Eine Verschwörung gegen Lloyd George?

London, 13. August.

„Daily Express“ glaubt zu wissen, man habe gestern im Ministerium des Innern Kenntnis von einer Verschwörung gegen Lloyd George erhalten. Es seien besondere Maßnahmen ergreifen worden, um den Premierminister zu schützen. Nach demselben Blatte wird der Besuch Lloyd Georges auf dem Kontinent wahrscheinlich nicht stattfinden.

Der Koalitionszustand in Hamburg ist durch Verfügung des Reichspräsidenten aufgehoben worden.

Die Kohlenlieferungen ausreichend. Der Times-Korrespondent in Paris meldet, daß die deutschen Kohlenlieferungen bisher ausreichend waren. Während der ersten zehn Tage dieses Monats seien im Durchschnitt 80 000 Tonnen pro Tag geliefert worden.

Noch ein Reichswehrspiegel

Von zuständiger Stelle in Magdeburg wird der „Dena“ mitgeteilt:

In Halle a. Saale ist gestern bei einem Leutnant Eger eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden, da er verdächtig war an der Spitzelzentrale in Magdeburg beteiligt zu sein. Leutnant Eger, der bei der Reichswehr aktiv ist, wurde in der Kaserne nicht angetroffen und auf Rückfrage des Kriminalkommissars bei seinem Vorgesetzten, Major E. C. A. r. i., erklärte derselbe, Eger nicht zu kennen. Trotzdem war es möglich, den Leutnant Eger ausfindig zu machen, und als man ihm mitteilte, daß Major E. C. A. r. i. ihn nicht kenne, war er sehr entrückt und erklärte, ihm noch am vorhergehenden Abend 52 Scheißkugeln persönlich zur Unterschrift vorgelegt zu haben. In dem Kasino versteckt wurde eine Kiste mit wertvollem Material vorgefunden, aus dem nicht allein hervorgeht, daß Eger mit der Spitzelzentrale in Magdeburg in Verbindung gestanden hat, sondern daß er auch mit der Organisation Orgeßch und dem Landbund rege Verbindungen gepflogen hat. Nach seinen eigenen Aussagen ist er mit dem Rechtsanwalt Schaper und dem Lehrer Ziesenis bei dem Oberleutnant Jansen in Berlin gewesen, was von den Beteiligten bisher bestritten wurde. Außerdem geht aus dem Material hervor, daß zuerst beabsichtigt war, wie in Schießen, einen „mitteldeutschen Treubund“ zu schaffen, den man aber infolge der entgegenstehenden Ministerialbefehle nicht zur Ausführung brachte. Inmilitärischen Verordnungen nicht zur Ausführung brachte. Inmilitärischen Verordnungen nicht zur Ausführung brachte. Inmilitärischen Verordnungen nicht zur Ausführung brachte.

Zu dieser Meldung können wir noch mitteilen, daß der verhaftete Eger Gerichtsoffizier bei der Reichswehrbrigade in Halle ist. Den mit der Hausdurchsuchung betrauten Beamten wurde das Betreten der Kaserne untersagt. Die Freunde Egers schafften unterdessen aus der Kaserne eine wertvolle Kiste mit Altkleidmaterial bei. Das Betreten der Kaserne wurde ihnen dabei natürlich nicht verboten.

Ein Fahndungsbüro der U.S.P.D.

Der Inhaber A. S. t. m. a. n. n. aus Magdeburg hat, um die Sensationen der rechtschreibenden Presse etwas buntrer zu gestalten, auch ein „Fahndungsbüro“ der U. S. P. D., Berlin, eröffnet. Die ein „Fahndungsbüro“ der U. S. P. D., Berlin, eröffnet. Die ein „Fahndungsbüro“ der U. S. P. D., Berlin, eröffnet. Die ein „Fahndungsbüro“ der U. S. P. D., Berlin, eröffnet.

Beweismaterial gegen

- 1. Wilhelm Thomas, Breslau und dessen beide Agenten.
2. August Köhler, Breslau.
3. Paul Lorenz, Breslau.
Thomas, Berrat der R. P. D. und U. S. P. Köhler, Berrat der Sozialistischen Partei. Lorenz, Berrat am Bund der Intellektuellen. Nach Prüfung des Beweismaterials hat der Bund der Intellektuellen beschlossen, Lorenz, welcher sich dauernd als Redner beteiligt, durch einen Beauftragten des Bundes anschlüssig zu machen. Der Bund bittet um Unterstützung.

Um der Reichswehr, der Orgeßch und dem reaktionären Bürgerbund guten Agitationsstoff zu liefern, erdichtete Altmann noch weitere „Geheimorganisationen“: Die Schwarze Hand (Hu, hu!), die Antimilitaristische Vereinigung, den Bund der Intellektuellen u. a. m. Eine besondere Spezialität war es, jüdische Persönlichkeiten des Bolschewismus zu verdächtigen. Die Freie Turnerschaft wurde in eine Kampforganisation der U. S. P. D. umgewandelt. Ebenso der Arbeiter-Samariterbund und der Republikanische Führerbund.

Die Hausdurchsuchung in Halle hat des ferneren ergeben, daß der größte Teil der Studentenschaft und die Einwohnerwehr der Orgeßch angeschlossen sind. Bei den in Magdeburg vorgenommenen Hausdurchsuchungen, fand man weitere militärische Ausweise, die von dem Garnisonältesten, Generalmajor Ribbenzrop, demselben, der auch die Ausweise für den Gefreiten Friedrich, Altmann und Ziesenis ausgestellt hat, unterzeichnet sind, u. a. bei den Kaufleuten Seldte, bei dem Kaufmann Kraus, dem Rechtsanwalt B. a. n. g. e. r., dem Rechtsanwalt Schaper und dem Oberleutnant a. D. F. r. o. m. m. e. r. Verschiedene Ausweise tragen auch die Unterschrift eines v. B. o. m. b. e. r. g. Auch ein Rittmeister v. P. l. a. t. e. n. ist in die Affäre verwickelt.

Verbot der Orgeßch in Sachsen

Anlässlich wird mitgeteilt: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. April 1920 hat der Oberpräsident und Regierungskommissar H. r. i. n. g. folgendes angeordnet:

Die Organisation Orgeßch (Orgeßch) wird für die Provinz Sachsen verboten. Wer dieser Vereinigung angehört, für sie wirkt oder sonst mit ihr oder ihren Mitgliedern zum Zweck ihrer Unterstützung in Verbindung tritt, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, Haft oder Geldstrafe bis zu 15.000 Mark bestraft, soweit nicht nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 wegen Zusammenstufung zu einem Verbandsmitgliedlicher oder polizeilicher Art oder wegen Nichterfüllung der von der Regierung angeordneten Auflösung der Einwohnerwehren zu Zuchthausstrafe verurteilt ist. Alle Behörden werden angewiesen, Personen, von denen bekannt wird, daß sie Mitglieder der Orgeßch oder für diese in irgendeiner Weise tätig sind, sofort telegraphisch oder telephonisch namentlich mitzuteilen.

Die Berliner Orgeßch, die ebenfalls mit Spitzeln und politischen Verbrechern zusammenarbeitet, ist in ihrer Tätigkeit bisher noch nicht gestört worden. Wir verlangen die Auflösung der Orgeßch durch einen sofortigen Erlaß für das ganze Reich.

Die Waffenschließungen in der Mark

Die Bewaffnung der Konterrevolution

Wir haben wiederholt Mitteilungen über Waffenschließungen sowie über vorhandene Waffenslager der Öffentlichkeit unterbreitet, besonders, damit der neue Reichskommissar für Beschaffung von Waffen ein leichteres Arbeiten hat. Wir wissen nicht, ob die Behörde von diesem Material Gebrauch machen wird, wollen aber trotzdem nicht versäumen, die Waffenschließungen der Reaktion weiter aufzudecken.

Für heute beschränken wir uns auf folgendes: Das amtliche Jüterbog-Ladenblatt bringt in seiner Nr. 100 vom 8. August ein „Eingekleid“, welches mit zwei Namen gezeichnet ist. Es ist daraus zu ersehen, daß bei einem Kaufmann Lesner, Jüterbog 2, Reichenanstraße 14 261 Gewehre, 63 Karabiner, eine Rife Handgranaten, eine Rife Beuchmunition, zwei Gewehrpatronen, sowie ein Schapitograph beschlagnahmt und dem zuständigen Landratsamt zugestellt worden sind. Der Hauptkäufer, ein Rittmeister K. a. b. e. n., wurde mit fünf seiner Komplizen in Schußhaft genommen. Bald darauf aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Dazu erfahren wir noch folgendes: Der Einwohnerwehr war es aufgefallen, daß auf dem Grundstück des streng deutschen nationalen Kaufmanns Lesner sorgfältig große Mengen Waffen am Tage, sowie auch nachts, durch lawerbeladene Wagen der Reichswehr angefahren wurden, die dann später von Bauern- und Gutsfahrern abgeholt wurden. Ein Herr in Jüterbog, der den Transport überwachte, erklärte einmal unbequemen Zuschauern gegenüber, es werden keine Schließungen vorgenommen, sondern man wolle die Waffen nur vor der Entente in Sicherheit bringen. Bei der eben an-

geführten Hausdurchsuchung, die der Landrat persönlich mit zwei Genossen ausführte, machte der bereits genannte Rittmeister Neben folgende Angaben: Er sei ehemaliger Freikorpsführer und gehöre jetzt noch zur Armee A. w. a. l. s. o. f. f. B. e. r. m. o. n. t. und stehe im Verhältnis zum Reichswehregiment 18. Er habe in der Jüterboger Gegend eine Organisation von 4 bis 5000 Mann geschaffen, die gut mit Waffen versehen seien und gegen Feinde (??) verwendet werden sollen. In Ostpreußen, Pommern, sowie über ganz Brandenburg sei die Sache ebenfalls gut organisiert. Der Landrat nahm darauf die Beteiligten in Schutzhaft, um sie aber bald darauf nach telephonischer Rücksprache beim Regierungspräsidenten wieder frei zu lassen. Man erklärt jetzt die Sache damit, daß es sich um Ortswehrorganisationen handele. Unser Gewährsmann teilt uns dazu noch mit, es stehe fest, daß in der Umgebung von Jüterbog die Gutsbesitzer von den Waffenslagern in Jüterbog mit Waffen versehen werden.

Ein anderer, ähnlicher Fall ist durch die Nachsicht unserer Genossen im Kreise Templin aufgedeckt worden. In der Nacht zum Dienstag sollte ein Lastauto des Wirtschaftsverbands des Kreises Templin Waffen und Munition an die reaktionären Bauern des Kreises zur Verteilung bringen. Ein Autodiebstahl verhinderte die Weiterfahrt, deshalb wurden die Waffen im Walde von Templin untergebracht. Eine Durchsuchung des Lagers ergab, daß bei dem einen Transport zwei leichte und zwei schwere Maschinengewehre, 23 Gewehre, 6 Gewehrpatronen, eine Rife Handgranaten und 50 Rifen Munition mit 75.000 Schuß versehen werden sollten. Auch in diesem Kreise ist es bekannt, daß durch den Wirtschaftsverband fast täglich Waffenverschiebungen vorgenommen werden.

Die Einwohnerschaft der Kreise erwartet dringend, daß diesem Spiel ein Ende gemacht wird und die beteiligten Kreise ihrer Bestrafung zugeführt werden. Die Waffen entstammen dem Artilleriedepot Rastatt, ein Beweis, daß die Militärbehörde hinter den Schießungen steht.

Die Schuldschieber

Die Rechtssozialisten und das Entwaffnungsgesetz

Der „Vorwärts“ nimmt in einem Leitartikel der gestrigen Morgenausgabe noch einmal Stellung zum Entwaffnungsgesetz. Er berührt damit eine für die rechtssozialistische Partei höchst peinliche Angelegenheit. Peinlich in zweifacher Hinsicht: Denn einmal wurde die Bewaffnung des deutschen Bürgertums durchgeführt von rechtssozialistischen Ministern. Diese zeigten sich damit als bewußte Saboteure des Friedensvertrages, und zwar sabotierten sie ihn gerade in jenen Punkten, wo er nicht zum Schaden, sondern zum Segen des deutschen Volkes erfüllt werden konnte. Sie verwandelten das neue Deutschland in eine große Kaserne, in der Monarchisten mit Minenwerfern und Handgranaten die Gesehe diktierten. Nun soll Deutschland auf Befehl der Entente entwaffnet werden. Dazu hätten die geltenden Gesehe ausgereicht. Das weitere wäre durch ein Verbot an die Reichswehr, die heute noch Waffen verstreut, erzielt worden. Statt dessen erfaßt die Regierung das Entwaffnungsgesetz, dessen Tendenzen dahin gehen, das Bürgertum bei der Waffenruhe zu schonen, die Proletarier aber, bei denen ein paar Kinderpistolen gefunden werden sollten, ins Zuchthaus zu bringen. Diesem Gesetz stimmten die Rechtssozialisten zu. Das ist ihr zweites großes Vergehen. Inzwischen scheint den Rechtssozialisten aber ein Seifensteiner aufgegangen zu sein, daß sie mit der Zustimmung zum Entwaffnungsgesetz einen großen Fehler begangen haben. Auf sie wird die Verantwortung mit jurisdiktorischer, wenn bei der Durchführung des Gesetzes dem Proletariat neue Fesseln angelegt werden. Kein Wunder, wenn sie jetzt nach einem Sündenbock suchen, und dieser ist — natürlich die U. S. P. D.!

Der „Vorwärts“ versucht in seinem Leitartikel die schwächliche Haltung der Rechtssozialisten zu rechtfertigen. Er polemisiert gegen die objektive Darstellung, die der Berliner Vertreter der „Humanität“ seinem Blatte gegeben hat. Um sich aus der Schlinge zu ziehen, häuft der „Vorwärts“ eine Reihe von längst widerlegten Unwahrheiten aneinander, er behauptet vor allem, unsere Reichstagsfraktion habe dem Gesetz gegenüber zuerst eine „sehr verständige Haltung“ eingenommen, ihr Vertreter, Genosse Rosenfeld, habe in den Ausschüssen sogar für Verbesserungen gekämpft und erst der „Demonstrationsrummel“, inszeniert von der R. P. D., habe unsere Abgeordneten zum Umsturz gebracht.

Demgegenüber stellen wir fest: Die U. S. P. D.-Fraktion war von Anfang an gegen das Gesetz. Das hat sie nicht gehindert, im Ausschuss für Verbesserungen einzutreten, ein Verhalten, das durchaus den Gepflogenheiten entspricht, die bei der Fraktion der alten noch geeinten Sozialdemokratie gang und gäbe waren. Wenn sich der „Vorwärts“ schließlich auf die „rote Fahne“ stützen möchte, um seine hallose und innerlich unwahre Argumentation zu rechtfertigen, so wiederholt er damit nur eine längst widerlegte Agitationslüge der R. P. D. Die U. S. P. D. hat sich nicht gestürzt, Protestversammlungen gegen das Gesetz zu veranstalten. Sie behielt sich nur das Recht vor, die Versammlung nicht über kurz oder lang einzuberufen, wie es die R. P. D. erzwungen wollte. Das Ergebnis war eine glänzende machtvolle Kundgebung im Lustgarten, eine Kundgebung, von einem solchen gewaltigen Umfang, wie sie die Rechtssozialisten nie zustande bringen werden. Wenn der „Vorwärts“ in seiner bekannten Wahrheitsliebe daraus ein „absolutes Fiasko“ macht, so richtet sich damit seine Weisheiten von selbst. Es fällt ihm und seiner Partei, in der sich bereits die Opposition regt, schwer, das Ausnahmengesetz gegen das Proletariat zu rechtfertigen. Mit Unwahrheiten die Tatsache seiner Mitschuld aus der Welt zu schaffen, wird ihm nicht gelingen.

Die Bewegung gegen den Steuerabzug

Dortmund, 13. August.

Die Telegraphen-Union meldet: Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die in anderen Bezirken Deutschlands herrschende Unruhe unter der Arbeiterschaft auch auf die Arbeiter der Eisenindustrie des Ruhrreviers überzuschlagen droht. Die Benutzungsgebühr von dem 10%igen Steuerabzug aus, gegen dessen Einbehaltung die Arbeiter mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Sie verlangen von den Unternehmern die Einstellung dieser Maßnahme und die Rückzahlung der eingehaltenen Beträge. Da die Unternehmer sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten müssen, können sie dieser Forderung natürlich nicht nachkommen. Um sie zu zwingen, beabsichtigen die Arbeiter nunmehr zu Demonstrationen überzugehen. Die Bago hat sich so zugespitzt, daß in manchen Betrieben die Arbeiter bereits teilweise zu offenen Drohungen übergehen, und einige Werke geschlossen werden mußten. Dieser Bewegung gegenüber haben sich die Unternehmer natürlich in einer sehr schmerzlichen Lage. Um Weiterungen zu vermeiden, wird seitens der Unternehmer des hiesigen Bezirks erwogen, die Durchführung des 10%igen Steuerabzuges von Garanten für die Sicherheit der Betriebe und das Leben der Betriebsleiter abhängig zu machen.

Zusammenstöße mit Streikenden

Königsberg i. Pr., 13. August.

Wolffbüro meldet: Gestern abend und heute vormittag ist es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen und Ausschreitungen gekommen; namentlich wurden Gelschanden die Straßen durchschnitten, Fußwege umgestürzt und so der Verkehr gehindert. Die Sicherheitspolizei mußte wiederholt von der Waffe Gebrauch machen. Von den Ausschreitungen, die heute früh in geschlossenen Gruppen die Straßen durchzogen, davon sah ein Dampfer zur Königsberger Wassermühle, der kam 8 1/2 Uhr abends 14 vertragen.

lungen, sodas die dortin entlassenen Sicherheitspolizeibeamten die Schusswaffe gebrauchen mußten. Soweit festgestellt ist, wurde ein Arbeiter bei diesem Zusammenstoße getötet, drei Arbeiter schwer verletzt.

Ein Ultimatum an Ungarn?

Dr. Wien, 13. August.

In hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, daß Jugoslawien, die Theresopolowatel und Rumänien gemeinsam an Ungarn eine kurzfristige Note gerichtet haben, seine Truppenzahl auf 30.000 Mann herabzusetzen, wie es im Friedensvertrag vorgelesen sei. Die Note soll in freundschaftlichem Tone, aber doch sehr ernst gehalten sein und den Schritt mit der Notwendigkeit der Abrüstung begründen. Man bringt die Note des Staatskanzlers Dr. Krenner mit dieser Note in Verbindung.

Gegen den Neutralitätsbruch

Aus Gelsenkirchen wird uns berichtet: Auf Veranlassung der Bezirksleitung der U. S. P. D. fanden in Gelsenkirchen, Leithe, Wattenscheid und Banne vier große öffentliche Volksversammlungen statt, die alle überfüllt waren. Die Versammlungen nahmen Stellung zu dem Kriege Polens gegen Rußland und forderten von der Regierung strikte Einhaltung der erklärten Neutralität. Die Versammlungen waren sich bewußt, daß auch jede Neutralitätsverletzung durch die Entente in Deutschland verhindert werden müßte. Folgende Resolution wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen: „Die von der U. S. P. D. einberufenen öffentlichen Volksversammlungen fordern von der Regierung strikte Einhaltung der erklärten Neutralität in dem Kriege Polens gegen Rußland. Die Versammlungen erklären, jede Unterstützung Polens durch die Entente, soweit Deutschland davon berührt wird, mit allen Mitteln verhindern zu wollen. Die Versammlungsteilnehmer werden, soweit dies in ihrer Macht steht, alles daran setzen, jeden Truppen-, Munitions- und Lebensmittels-transport, soweit diese für die Unterstützung Polens bestimmt sind, zu verhindern. Die Versammlung spricht den russischen Freiheitskämpfern ihre wärmste Sympathie aus.“

Auch unsere Genossen in Salzfusien (Freistaat Lippe) veranstalteten eine öffentliche Volksversammlung, die auch von Angehörigen anderer Parteien besucht war. Nach Anhören eines Vortrages des Genossen Stoffel über die politische Lage wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 10. August 1920 in Salzfusien tagende öffentliche Volksversammlung spricht allen Parteien, die dem Entwaffnungsgesetz zugestimmt haben, ihre Mißbilligung aus. Die Versammlung stellt fest, daß dieses Gesetz geschaffen worden ist zur Abwehrlung des Proletariats, zur Unterstützung der Bekämpfungen der reaktionären Parteien.“

Die Versammlung erwartet von der Regierung und dem Reichstag, daß dieses Gesetz aufgehoben wird. Wenn die Regierung die verfaßten Waffenslager der Konterrevolution ermitteln und beschlagnahmen will, zeigen die bestehenden Gesehe vollständig aus.

Die Versammlung verlangt von der Regierung mit allem Nachdruck, daß sie den Durchzug des Militärs der Entente durch Deutschland verhindert und es nicht bei einem papiernen Protekt beläßt.“

Verkehrsverbesserungen

Das Reichspostministerium teilt mit, daß die Verhandlungen über eine funktentelegraphische Verbindung mit Amerika eingeleitet sind. Durch die Aufnahme der funktentelegraphischen Verbindung mit Amerika wird der deutsche Ferndienst eine bedeutende Verbesserung erfahren.

Die direkte Kabelverbindung nach Königsberg, die notwendig geworden ist, um von den Polen unabhängig zu sein, ist zwar vor kurzem eröffnet worden, sie bedarf für ihre volle Betriebnahme aber noch des Einbaues eines Verstärkers, der in den nächsten Tagen aufgestellt werden soll.

Einen neuen Beweis für die Struppellosigkeit der deutschen Kapitalisten stellt die Tatsache dar, daß die deutsche Erfindung, die es ermöglicht, mehrere Telefongespräche auf einem Draht zu führen, nicht etwa zuerst in Deutschland, sondern in der Schweiz in größerem Umfange verwertet werden wird. Die Schweiz kann eben zur Zeit besser zahlen.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge

Ausflugtagung im Reichswirtschaftsrat

Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Umbreit trat Freitag der wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die zweite Besung des Berichtes des Unterausschusses über den Antrag Wisell, betreffend produktive Erwerbslosenfürsorge. Vor Eintritt in die Tagesordnung fand ein Antrag Hamar (München) einstimmig Annahme, wonach die Bauen, die von gemeinnützigen Gesellschaften und Genossen geleitet in Angriff genommen worden sind, der Reichsregierung gewährt wird. In der Begründung wies der Antragsteller auf die große Bedeutung der Herbeiführung dieser etwa 30.000 Bauten für die Bekämpfung der Wohnungsnot hin.

In der Erörterung wandte sich Abg. Hecht (Berlin) gegen die in der letzten Sitzung aufgestellte Behauptung, daß das Verhältnis in der Steigerung der Löhne und des Rohmaterialis wie 1:2 stehe. Diese Auffassung, die zu ganz falschen Schlüssen führen könne, müsse bekämpft werden. Für die Bemessung der Lohnsteigerung dürften nicht nur der Arbeitslohn des einzelnen Gegendarbes in Betracht gezogen werden, sondern es seien alle Umsatzen des gesamten Betriebes und des gesamten Industriegewerks zu berücksichtigen. Abg. Grünfeld (Berlin) bezeichnete den in dem Bericht des Unterausschusses dem Handel gemachten Vorwurf der ungerechtfertigten Verwertung als unbedeutend. Der Gewinn, den der Handel erzielt, sei keinesfalls in bar vorhanden, sondern stehe in den neuen sehr teuer eingekauften Waren.

Bei der Aussprache über Abschnitt 5 des Berichtes „Maschinen- und Metallverarbeitung“ kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Abg. Wisell und Reimach. Reimach hatte in der letzten Sitzung davon gesprochen, daß eine Vertiefung der Werke durch die vielen Streiks hervorgerufen werde und darauf hingewiesen, daß z. B. in der Berliner Metallindustrie im letzten Jahre 162 Tage gestreikt worden sei. Diese letztere Behauptung hatte ihm den Vorwurf Wisells eingebracht, er habe sich eine Unobjektivität zuschulden kommen lassen. Gegen diesen Vorwurf vermahnte sich Reimach, indem er darauf hinwies, daß er die beanstandete Zahl einer Statistik der Berliner Handelskammer entnommen habe. Wisell wies auf Grund der Handelstatistik nach, daß die angezogene Kammer eingezogener Erfindungen nach, daß die angezogene Statistik falsch ist, da die einzelnen Streittage einfach schematisch zusammengerechnet worden seien, ohne zu prüfen, ob in der Tat so viel Arbeitszeit durch die Ausstände verloren gegangen sei.

Bei der weiteren Beratung kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung über einen Antrag Dr. Köstles, wonach die Beschlüsse des Ausschusses zur Kenntnis der Genossen und dem Plenum des Reichswirtschaftsrates zur Beschlußfassung übergeben werden sollen. Die Arbeitnehmervertreter verlangten, daß der Ausschuss zu einem Abschluß seiner Beratungen kommen solle. Wisell meinte, daß einige Leute Angst vor dem eigenen Courage bekommen hätten. Dr. Köstles zog schließlich seinen Antrag wieder zurück. Darauf wurden die Beratungen unterbrochen, um den verschiedenen Gruppen Gelegenheit zu geben, Änderungsanträge zu den Anträgen des Unterausschusses zu machen. Nach 2 1/2 stündiger Pause wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Gruppe der Unternehmer eine Reihe von Anträgen gestellt und zur Kenntnis der Arbeitnehmergruppen gebracht habe, daß in der kurzen Zeit aber eine Verständigung darüber noch nicht erzielt werden konnte. Es wird deshalb um 6 Uhr beschließen, die Sitzung abzuhalten. Bis 8 1/2 Uhr abends 14 vertragen.

Betriebsräte

Der Kampf der Unternehmer gegen die Betriebsräte

Seit 1 1/2 Wochen stehen die Arbeiter der Fabrik Wilhelm Reinhold, Reinholdsdorf-Str., Graf Ködern-Allee, im Streik, und zwar in der Hauptsache, weil sie sich nicht länger nach rigorose Vorgehen der Firmenleitung gegen den Betriebsrat gefallen lassen wollen.

Der Herr Betriebsleiter Paesche, ein Herr, der auch von der „Pöte“ an gebietet hat und der früher, als er noch simpler Angestellter war, den scharfen Sozialdemokraten markierte, hat jetzt sein scharfmacherisches Herz entdeckt und macht diesem durch Schlägen gegen den Betriebsrat Luft.

Früher hatte der Betriebsrat seine Sitzungen stets während der Arbeitszeit abgehalten. Dies wurde von dem Herrn plötzlich verboten und verlangt dieser, daß dieselben nur noch nach Feierabend stattfinden sollen. Verhandlungen, die der Betriebsrat bei der Direktion beantragt, sollen auch nach Feierabend stattfinden, ja selbst die letzten Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages, an der auch ein Organisationsvertreter teilnahm, sollten auch während der Arbeitszeit stattfinden, damit nur nicht der Betriebsrat einige Stunden Arbeit verläumt. Zum Ueberflus ließ der Herr Paesche dem Organisationsvertreter gegenüber darüber keinen Zweifel, daß er den Obmann des Betriebsrats in der nächsten Zeit auf das Straßenspazier gehen werde. Das schlug dem Hahn den Boden aus.

Da auch wegen des Tarifvertrages selbst bei dem äußersten Entgegenkommen der Arbeiter es zu einer Einigung nicht kam, wurde mit großer Mehrheit der Streik beschlossen. Die Arbeiterkraft ist seit entlassen, hinter ihren Betriebsrat zu stehen und die Organisation wird ihnen in diesem Kampf auf das Entschiedenste zur Seite stehen. Aber auch zu einem schönen Akt der Solidarität kam es in der Funktionärerversammlung der Gummi- und Asbestarbeiter Groß-Berlins. Dieselben erklärten ebenfalls, den Kampf der Asbestarbeiter mit allen moralischen und materiellen Mitteln zu unterstützen und zu dem ihrigen zu machen. Während die Belegschaft einer Firma bereits beschlossen hatte, jede Woche einen Stundenlohn an die Streikenden abzuführen, fand ein diesbezüglicher Antrag auch in der Funktionärerversammlung einstimmige Annahme, so daß alle Gummi- und Asbestarbeiter Groß-Berlins bereit sind, jede Woche einen Stundenlohn für die Streikenden abzuführen. Von dieser Stelle rufen wir den Streikenden zu: „Seid getreten Mutes und haltet aus! Hoch die Solidarität!“

Der Junge ist nach wie vor streng fern zu halten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten! Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Jahrestelle Groß-Berlin.

Gewerkschaftliches

Unternehmerinteressen gehen vor

Der Demobilisierungskommissar sabotiert die Verordnungen des Reichsarbeitsministers.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Die Angestellten der Firma A. Wollbrück u. Co., Berlin, Buchhandlung, Oranienburger Straße 59, stehen seit dem vorigen Jahre, mit kurzer Unterbrechung im Lohnkampf. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat nach stattgefundenem Lokaltarmin einen Schiedsspruch gefällt, dessen Sätze weit hinter denen des Beamtenarbeitsgesetzes zurückblieben. Die Angestellten haben sich diesem Spruch unterworfen, während der Inhaber der Firma nach Befragung des Spruches erklärte, daß er nicht daran denke, diese Gehälter zu zahlen, vielmehr dazu übergehen werde, seinen Betrieb zu schließen oder mit Hilfe seiner Verwandten aufrecht zu erhalten. Der Zentralverband der Angestellten, der die Vertretung der Angestellten übernommen und alle diesbezüglichen Anträge bei dem Schlichtungsausschuß gestellt hat, beantragte nunmehr Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches durch den Demobilisierungskommissar. Das technische Dezernat des Demobilisierungskommissars hat, wie üblich, durch einen seiner Beamten darauf Erhebungen bei der Firma angestellt und dieser Herr hat, ohne den Antragsteller (Zentralverband der Angestellten) hinzuzuziehen, zwischen der Firma und dem Betriebsobmann einen Vergleich herbeigeführt, durch den die Angestellten gezwungen werden, weiter wie bisher für Hungerlöhne zu arbeiten. Ganz besonders ist durch diesen Vergleich der Betriebsobmann der Firma gezwungen worden, sich mit der Entlassung von zwei älteren Angestellten einverstanden zu erklären.

Wie verkennen nicht, daß ein derartiger Vergleich nicht zustande-

kommen konnte, wenn sich der Betriebsobmann der Firma dem Herrn vom Demobilisierungskommissar gegenüber hätte behaupten können. Wir haben unseres Erachtens aber andererseits als Organisation und hier in diesem Falle ganz besonders als Antragsteller, das Recht, vom Demobilisierungskommissar zu verlangen, daß er seinen Beamten Anweisung gibt, daß ein Antrag auf Verbindlichkeitsklärung nur vom Antragsteller zurückgezogen werden kann und daß vor allen Dingen ein Vergleich nur möglich ist zwischen Antragsgegner und Antragsteller. Das Verständnis hierfür geht aber in letzter Zeit nicht nur den Beamten des technischen Dezernats dieser Behörde ab, sondern ganz besonders den Referenten des Demobilisierungskommissars scheint das Verständnis dafür zu fehlen, daß ihre Arbeit zum Segen des Berliner Wirtschaftslebens dienen soll. Im vorliegenden Falle tritt aber ganz deutlich zutage, daß seitens des Demobilisierungskommissars die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 12. Februar 1920 über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten sabotiert wird. Der Beamte des Demobilisierungskommissars hätte unseres Erachtens, wenn er schon einen Vergleich anbahnt, die Pflicht gehabt, wenigstens dafür zu sorgen, daß die §§ 12 und 13 der oben angeführten Verordnung seitens der Firma respektiert werden, also eine Entlassung von älteren Angestellten nicht in Frage kommen durfte. Der „sozialen“ Firma Wollbrück u. Co. kann ohne weiteres zugemutet werden, durch Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit herbeizuführen. Aber Scheinbar glaubt der Demobilisierungskommissar, die Arbeitnehmerschaft hat kein Recht, ihm zuzumuten, sich mehr an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten. Dies geht schon daraus hervor, daß der Referent, Herr Rechtsanwalt Dr. Kludhohn, unserem Vertreter gegenüber äußerte: „Es ist bedauerlich, daß durch den Vergleich neue Streitfälle entstehen, aber der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des fraglichen Schiedsspruches sei durch den Vergleich erledigt.“

Wir teilen die Auffassung dieses Herrn Referenten nicht und bedauern Veranlassung zu haben, zu der Tatzeit des Demobilisierungskommissars, wie sie von ihm in letzter Zeit geübt wurde, noch öfter Stellung nehmen zu müssen. Der Angestelltenkassier Groß-Berlins darf die Arbeitgeberfreundlichkeit des Herrn Demobilisierungskommissars aber nicht länger unbekannt bleiben.

Streik der Kinomusiker

Nachdem in monatelangen Verhandlungen mit dem Verein der Lichtbildtheaterbesitzer die beschiedenen Tarifforderungen der Musiker nicht bewilligt worden sind, haben die Musiker in den Kinos der Vereinigten Kudo-Lichtspiele in Neukölln, Excelsior, Stern und Filmpalast Börse gestern die Arbeit niedergelegt. Das Publikum hat sich auf die Seite der Musiker gestellt und ist gestern ihrem Wunsch gefolgt, die besetzten Kinos zu meiden. Die Direktion Baum u. Blum hat trotz bisher regsten Belahns ihrer Kinos den Musikern die schlechtesten Löhne gezahlt. Die Musiker ersuchen die Arbeiterkassier Neuköllns, sie in ihrem gerechten Lohnkampf dadurch zu unterstützen, daß sie die besetzten Kinos bis zur Bewilligung der gestellten Forderungen nicht besuchen. Deutscher Musikerverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die wirtschaftliche Lage der Postbeamten.

Die Post- und Telegraphenbeamten und Diätare vom Oberpostdirektionsbezirk Groß-Berlin, veranlassen sich auf Einladung der Sektionsleitung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes am Donnerstag im großen Saal der „Sophienäle“. Der Postkassierer Scherff-Essen hielt vor der gutbesuchten Versammlung einen Vortrag über die „wirtschaftliche Lage der Post- und Telegraphenbeamten und Diätare und das Besoldungsgesetz“. Der Redner zerpflückte das neue Beamtenbesoldungsgesetz und zeigte dessen schwere Mängel. Besonders die wirtschaftliche Kostlage der unteren Beamten sei nicht berücksichtigt. Er stellte fest, daß die alte Regierung mehr Verständnis für die wirtschaftliche Not der unteren Gehaltsempfänger gezeigt habe als die gegenwärtige Regierung. Schuld daran seien aber auch die Beamten selbst, die heute noch Anhänger der Harmonieverbände wären, deren Vertreter die Interessen der Beamten nicht wirksam durchzuführen könnten. Es liege deshalb im Interesse der Beamtenkassier, wenn sie versucht, die sogenannten neutralen Gewerkschaften dazu zu bewegen, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. Nur der prinzipielle Klassenkampf könne die Bewirkung des Sozialismus bringen. Die neutralen Beamtenverbände haben es bisher aber abgesehen, den Klassenkampfpunkt anzuerkennen. Wenn es nicht gelingen sollte, durch allgemeinen Beschluß diese Gewerkschaften zum Anschluß an die freien Organisationen zu bewegen, dann müßten die Mitglieder, denen es ernst sei, den Kampf um Hebung ihrer wirtschaftlichen Not zu führen, aus diesen Organisationen austreten und sich den freien Gewerkschaften anschließen. In der Diskussion wurde dieser Standpunkt von einigen Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Post- und Telegraphenbeamten bekämpft, doch sprachen sich die meisten Diskussionsredner

für den Anschluß an den Deutschen Transportarbeiter-Verband aus. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß zwischen den beiden Verbänden Verhandlungen angebahnt werden sollen, die zum Zusammenschluß auf freigewerkschaftlicher Grundlage führen.

Die Forderungen der Kolkutscher

Der Transportarbeiter-Verband hat den ablaufenden Tarif der Kolkutscher gekündigt, da er den Verhältnissen nicht mehr entspricht. In einer Freitag abend stattgefundenen, sehr zahlreich besuchten Versammlung, wurde ein neuer Tarifentwurf beschlossen. Im wesentlichen wird in diesem Entwurf gefordert: Eine Erhöhung des Wochenlohnes von 270 M. auf 330 M.; die achtstündige Arbeitszeit soll zwischen 6 Uhr früh und 7 Uhr abends fallen; Ueberstunden sollen mit 100 Proz. Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt werden; der Urlaub ist von sechs Tagen im ersten Jahr bis auf 24 Tage im 10. Jahr der Beschäftigung zu steigern. Für den Paragraphen 616 des B.G.B. wird die Auslegung des Kolkutchartarifs verlangt; auch bringt der Entwurf eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes.

In der Versammlung kam auch eine Differenz der Arbeiter mit den Angestellten zur Sprache. Genosse Mix führte aus: Die Arbeiter hätten erwartet, daß die Angestellten des Transportgewerbes gegen den unerhörten Anschlag der Opposition aus dem Zentralverband eingreifen würden. Dies ist nicht geschehen. Darum haben die Arbeiter das Verlangen erneuert, daß die Angestellten, mit denen sie gewerkschaftlich zusammenarbeiten sollen, einer politischen Partei angehören. Sie gehen von der Voraussetzung aus, daß die Angestellten, die einer solchen Forderung nicht entsprechen, sich auch im gewerkschaftlichen Kampf nicht als Arbeiter fühlen, und lehnen deshalb das Zusammengehen der Hand- und Kopsarbeiter, das sie sonst für notwendig halten, ab. Sie haben keine Veranlassung, auf die Rückständigkeit der Angestellten Rücksicht zu nehmen, die von den Vertretern der Angestellten immer betont wird, wenn dem gewerkschaftlichen Vorwärtsdrängen irgendein Hindernis bereitet werden soll.

Zur Gehaltsbewegung der Angestellten bei den Berufsgenossenschaften

In einer Versammlung der Berufsgenossenschaftsangehörten schilderte Heilmann vom Zentralverband der Angestellten die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Reichs und die dadurch bestehenden Schwierigkeiten, welche eine Uebernahme der Sozialversicherung durch den Staat und damit auch die Erlangung der Beamteneigenschaft für die Berufsgenossenschaftsangehörten geradezu zur Unmöglichkeit machen. Die Stimmung der Versammlung und der allgemeine Beifall, welchen der Redner hatte, waren ein Beweis dafür, daß die Angestellten sich für die Ueberzeugung gekommen ist, daß eine Erhöhung ihres Einkommens nicht auf dem Wege über die Beamteneigenschaft, sondern nur auf dem vom Zentralverband der Angestellten eingeschlagenen Tarifwege am sichersten gewährleistet ist.

Zur Vorgesprächung kam ferner der Schiedsspruch, den der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin in der Streitsache gegen den Arbeitgeberverband Deutscher Berufsgenossenschaften gefällt hat, nachdem der Arbeitgeberverband hartnäckig jegliche Verhandlungen über eine angemessene Erhöhung der außertariflichen Teuerungszulagen abgelehnt und im Falle des Streits mit Entlassung im Disziplinarwege gedroht hat. Dieser Schiedsspruch, dessen Verbindlichkeitsklärung beantragt worden ist, bringt das moralische Recht auf eine angemessene Erhöhung der außertariflichen Bezüge auf die Seite der Angestelltenkassier.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die den Schiedsspruch anerkennt und das Vorgehen des Zentralverbandes billigt. Es wird mit Bestimmtheit erwartet, daß der Arbeitgeberverband Deutscher Berufsgenossenschaften binnen längstens 14 Tagen für restlose Erfüllung des Schiedsspruches Sorge trägt. Andernfalls sind die Angestellten bereit, sich die ihnen durch den Schiedsspruch zuerkannte Teuerungszulage mit den schärfsten gewerkschaftlichen Mitteln zu erkämpfen.

Um den Verwaltungsvorbehalt im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin. Zu der Kollitz in der Sonntagsausgabe erhalten wir aus den Kreisen unserer Genossen folgende beruhigende Darstellung: Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn behauptet wird, daß die Mehrheit der Versammlung eine Begründung der Anträge verhindert habe. Denn in der ersten Zusammenkunft, in der die Abstimmung durch einen Sabotageakt der Arbeitgeberbeisitzer verhindert wurde, ist von Arbeitgeber wie von Arbeitnehmerseite eine einwandsfreie Begründung beider Anträge gegeben worden. Es wurde in dieser ersten Versammlung unter beiderseitiger Zustimmung festgelegt, daß die neunzehntägige Versammlung sich nur mit der Abstimmung beschäftigen sollte. Der von der Arbeitgeberseite als Kompromißantrag bezeichnete Antrag Dr. Donner, Dr. Friedberg, ist als solcher nicht zu bezeichnen, weil die 22iger Kommission, die mit Vorarbeiten für diese Versammlung betraut war, diesen Antrag nicht als ge-

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

35] Ja, sie war es, meine ehemalige, merkwürdige Besucherin. Als sie mich erkannte, blieb sie wie versteinert stehen, ihre Augen öffneten sich immer weiter und weiter, starrten aber regungslos in mein Gesicht und glänzten in einem grellen, phosphoreszenden Lichte, von Wahnwitz erfüllt. Ihre Lippen begannen nervös zu zucken. Sie atmete immer schneller und schneller, so daß ich im Augenblick der plötzlich eingetretenen, völligen Stille ihre Atemzüge hörte. Plötzlich, die Hände nach vorne streckend voller Schrecken, als wehrte sie sich vor etwas Drohendem, trat sie zwei Schritte zurück und fiel, mit der franken, schnüchtligen Stimme einer Verwundeten aufschreiend, in einem epileptischen Anfall zu Boden. Es war derselbe Schrei wie auf dem Ball, dessen erinnere ich mich ganz genau.

Rikitin stürzte auf sie zu, mir etwas sagend, aber ich verstand nichts. Ich stand da, ohne Gedanken, mit leerem Kopfe, ohne überhaupt zu fühlen, daß ich existiere. Mein Herz hatte aufgehört zu schlagen und es kam mir vor, als könnten die Kräfte nie mehr mir wiederkehren, um auch die geringste Bewegung zu machen. Ich stand mit weitgeöffneten Augen, sah alles was vorging, erfaßte aber gar nichts. Rikitin ergriff meine Hand und schüttelte mich, wie mir schien, an der Schulter.

„Was fehlt dir, Alter, bist du ganz vor den Kopf geschlagen? Bist du so erschrocken?“

Aber ich folgte ihm nicht nach. Ich näherte mich Ossja, die noch ohnmächtig am Boden lag. Mit Blut vermishter Schaum stieß aus ihrem Mund, die Wangen und den Hals an der linken Seite verfarbend. Ich kniete nieder, hob ihren Kopf mit beiden Händen und bläute ihn lange an: die geschlossenen Augen, das bleiche Gesicht mit der gelblichen Flüssigkeit unter der Haut machten sie einer Toten ähnlich. Und zum ersten Male regte sich in mir ein tiefes Mitleid mit meinem Opfer. Mit veränderter, dumpfer Stimme sagte ich zu Rikitin:

„Wenn du mir helfen wolltest, sie zu mir hinüberzutragen?“ Er öffnete weit die Augen und schaute mich an, als verstände er meine Worte nicht.

„Ja? ... Kennst du sie denn? ...“ Meine gewöhnliche Selbstbeherrschung kehrte wieder zu mir zurück. Mit meinem Taschentuch wischte ich Ostas Mund und sagte:

„Ja, ich kenne sie!“ und, offenbar, damit die ganze Welt es hört, um mich selber in meinem Bekenntnis zu bekräftigen, fügte ich besonders betonend hinzu:

„Sehr gut kenne ich sie!“

Den 28. November.

Heute erhielt ich einen Brief meines Freundes, eines Arztes in der Provinz. Der Brief versetzte mich in Erstaunen; lange öffnete ich ihn nicht, sondern betrachtete den Umschlag von allen Seiten. In letzter Zeit bin ich der Briefe ganz entwöhnt, und diese Erinnerung an mein früheres Leben hat mich tief erregt.

Wir haben zusammen auf der Universität studiert und waren viele Jahre hindurch gute Freunde. Ich liebte ihn um seiner Aufrichtigkeit, um seiner Einfachheit willen, was mir aber einen besonderen Eindruck machte, war ein merkwürdiger Mystizismus. Jegliche Religion und Kirchlichkeit ablehnend, träumte er immer von einem inneren Gottmenschen, der hier auf Erden unter den Menschen erstehen müßte. Er redete fortwährend von einer eingeborenen Schuld der Intelligenz dem Volke gegenüber, einer Schuld, die gebührt werden müsse.

Und der Mensch hat es nicht ausgehalten; in der Stadt hat er seine glänzende Karriere laufen lassen, hat einen kleinen Wagen gekauft, ein Pferd, hat aus dem Wagen eine Apotheke eingerichtet, hat sich als Bauer verkleidet, und geht von Dorf zu Dorf, überall unentgeltlich heilend. Er lebt wie die Vögel unter dem Himmel von dem, was man ihm gibt, ohne je etwas zu verlangen.

Vor dem Kriege schrieb er oft, teilte mir seine reichen Eindrücke mit, und seine Briefe machten auf mich den Eindruck, als hätte er Seelenruhe erlangt, seine Briefe atmeten einen gewissen geistigen Frieden.

„Lieber Kollja! Durch die Zeitungen erfährst ich, daß du nach Moskau zurückgekehrt bist, und nun eile ich, dir zu schreiben, du weißt, wie mich dies freut. Ich war die ganze Zeit hier. Ich habe mich geweigert, in den Krieg zu ziehen, wofür ich ein wenig Gefangenschaft ausstehen mußte. Du wirst dich vielleicht wundern, daß ich, als Arzt, den leidenden Menschen auf dem Schlachtfelde nicht helfen wollte. Mein Gewissen verlangte es aber von mir, mich nicht an diese

schmutzigen, fürchterlichen Sache zu beteiligen. Denke doch nur, dieser schreckliche Jesuitismus: kerngesunde, lebensfrohe Menschen werden gemeldet, irgendwohin geführt, Feuer- und Kugelregen ausgeföhrt, in Stücke zerrissen, es werden ihnen unlagbare Leiden zugefügt, und dann wird die Märtyrer-Halbleiche dem Arzte übergeben und dem gesagt: heile ihn! — Ein jeder Arzt, der auf dem Schlachtfelde arbeitet, ist ein Lataf, ein gewissenloser, bestechlicher Diener der Könige, Minister und der fettgewordenen Bourgeoisie, die den Krieg erklären. Es ist eine Lüge, daß sie gehen, um die Leiden der Menschen zu lindern. Wenn sie Mänslichkeit und Standhaftigkeit des Gewissens befehen, so würden sie sich weigern, in den Krieg zu ziehen, und die Menschen, die dunklen Massen, würden vor den Leiden, in die sie geschickt werden, zurückschrecken und sich weigern, in den Krieg zu ziehen.

Aber Kollja, mein Lieber, ich wollte dich um etwas anderes bitten. Du bist ein berühmter Schriftsteller, man hat deine Werke gelesen, man lauscht deiner Stimme. Auch in Europa warst du bekannt. Du weißt, daß ich mit vielen deiner Ideen nicht einverstanden bin, sie waren mir seit jeher fremd und widerwärtig, wie mir die in der heutigen Gesellschaft herrschende Moral widerlich ist. Aber ich verneigte mich immer tief vor deinem großen, aufrichtigen, russischen Gewissen. Und siehst du, an dieses Gewissen wende ich mich jetzt.

Schlage Alarm, Bruder. — Rußland geht unter! Dieses unermeßliche Hundertmillionen-Reich geht unter, Kollja! Ich gehe von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt, aus einem Gouvernemeut in das andere. Meine Apotheke ist leer, auch habe ich kein Pferd mehr; noch vor dem Kriege ist es mir weggenommen worden und wer weiß, wohin gebracht worden. Jetzt wandere ich zu Fuß, mit einem Sack auf dem Rücken und einem Stab in der Hand und durchziehe so unser Land, unser Mutter-Rußland! Und oft möchte ich blind und taub sein, möchte ich gefühllos, hölzern sein. Überall höre ich Jammergeschrei, sehe ich unaufhörlich fließende Tränen, wohne ich Todesagonien vor Hunger sterbender Frauen und Kinder und Greise bei. Früher hätte ich es nie denken können, daß der Hunger, der verfluchte Magen eine so gewaltige Macht über den Menschen besitzt. Ich dachte mir immer, der Geist sei Karl, er könne durch seinen hohen Flug die Materie mit sich reißend und sie zwingen, sich unterzuordnen. — Nun aber hat das Leben meine Illusionen zunichte gemacht.

(Fortsetzung folgt.)

